

Freiwilligendienste und Flüchtlinge – eine Polemik

Wie nicht anders zu erwarten, werden die Freiwilligendienste auch im Zusammenhang mit der aktuellen Flüchtlingsfrage ins Spiel gebracht. Kann ein Freiwilligendienst einerseits eine gute Integrationsmöglichkeit sein, so besteht andererseits die Gefahr, dass Freiwillige (und zwar Einheimische wie Flüchtlinge!) überfordert oder gar als billige Arbeitskräfte missbraucht werden.

Zwischen August und Oktober d.J. wurden von Politikern fast täglich neue Zahlen genannt, um wie viele Plätze der halbstaatliche Bundesfreiwilligendienst (BFD) aufgestockt werden sollte. Ende Okt. war es dann soweit: für die Jahre 2016 – 2018 werden jährlich 10.000 BFD-Plätze zusätzlich vom Bund finanziert (Kosten: 50 Mio € pro Jahr). Die Kommunen jubeln, denn ihnen wird über die staatliche Zentralstelle BAFzA fast die Hälfte der neuen Plätze (5.000) zu Gute kommen. Die verbandlichen Zentralstellen sind zwar mit dieser Verteilung nicht zufrieden, wagen aber keinen größeren Protest – auch dann nicht, als sie erfahren, dass die Jugendfreiwilligendienste FSJ und FÖJ kein Stück von dem neuen Kuchen abbekommen sollen. Aber dieses Thema soll hier nur am Rande erwähnt bleiben. Viel spannender ist doch die Frage, ob Freiwilligendienste ein geeignetes Instrument sind, um einen Beitrag zu Linderung der Not von Flüchtlingen oder gar zu ihrer Integration zu leisten.

Zuerst stellt sich die Frage, ob die rechtlichen Rahmenbedingungen überhaupt erfüllt sind, dass Flüchtlinge einen Freiwilligendienst leisten können. Diese Frage ist zu bejahen, sofern sie über eine Beschäftigungserlaubnis verfügen, was wiederum voraussetzt, dass der/die Freiwillige mindestens drei Monate in Deutschland ist, nicht aus einem sogenannten „sicheren Herkunftsland“ kommt und nicht mehr in einer Erstaufnahmeeinrichtung wohnt. Da der Verbleib in den Erstaufnahmeeinrichtungen auf bis zu sechs Monate verlängert wurde, scheidet die Option einer legalen Beschäftigung bzw. eines Freiwilligendienstes für viele Flüchtlinge derzeit allerdings aus.

Wenn der Flüchtling die rechtlichen Voraussetzungen für einen Freiwilligendienst jedoch erfüllt, stellt sich die Frage nach einer geeigneten Einsatzstelle. Erfahrungsgemäß sind nicht alle Einsatzstellen bereit, Menschen aus einem anderen Kulturkreis aufzunehmen. Wenn dann noch sprachliche Probleme hinzukommen, wird dies die Aufnahmebereitschaft nicht unbedingt fördern.

Auch muss die Frage erlaubt sein, ob die vielfach erschöpften und kranken, manchmal sogar traumatisierten Menschen nach ihrer Flucht überhaupt in der Lage und bereit sind, einen Freiwilligendienst

zu leisten. Wenn man sich einige Pressemeldungen ansieht, kann man den Eindruck gewinnen, dass bei manchen Politikern die Einstellung um sich greift, Flüchtlinge sollten „freiwillig“ dafür arbeiten, in Deutschland aufgenommen worden zu sein.

Ohne dies direkt so auszudrücken, hat sich in letzter Zeit (so u.a. eine Vorabmeldung des SPIEGEL vom 3. Juli d.J. und auf Focus online am 4. Juli d.J.) der MdB Roderich Kiesewetter, CDU, dafür stark gemacht, auch Flüchtlinge und Migrant/innen für den Dienst in solchen Bereichen der Gesellschaft zu gewinnen, die unter massiver Personalknappheit leiden. Besonders bemerkenswert ist dabei die mit dieser Absicht auch verfolgte „pädagogische Komponente“: da es in den Herkunftsländern vieler Migrant/innen „keine ausgeprägte Ehrenamtskultur“ gebe (Südwestpresse, Lokales Heidenheim vom 13. 10. 2015), müsse den Zugewanderten der „Wert solidarischen Engagements für das Gemeinwohl“ vermittelt werden. (Diese Formulierung findet sich auch in dem Antrag des CDU-Bundesfachausschusses „Außen-, Sicherheits-, Entwicklungs- und Menschenrechtspolitik“ an den 28. Parteitag der CDU am 14./15. 12. 2015 in Karlsruhe.)

Auch wenn sich diese Aussage nicht explizit aussch. auf Flüchtlinge bezieht, so kann sie nicht unkommentiert stehen bleiben. Da fliehen Menschen unter Gefahr für Leib und Leben über tausende von Kilometern, um der Alternative zwischen der Barbarei religiöser Fanatiker und einem brutalen säkularen Regime zu entkommen, und am Ziel ihrer Flucht erklärt man ihnen erst einmal den „Wert solidarischen Engagements für das Gemeinwohl.“

Was steckt aber tatsächlich hinter der Annahme des Fehlens einer „ausgeprägten Ehrenamtskultur“? Begriff und Praxis von „Freiwilligendiensten“ und „Ehrenamt“ machen erst Sinn, wenn man sich klar macht, was sie bedeuten und wovon sie sich unterscheiden, nämlich von Erwerbs- oder besser von Lohnarbeit. Die Dominanz dieser Vergesellschaftungsform prägt die kapitalistischen Gesellschaften. In weniger differenzierten, z.T. agrarischen Gesellschaften hat sich die Vorherrschaft des Lohnarbeitsverhältnisses insbesondere im Bereich der Reproduktion (z.B. der Pflege) noch nicht so weit durchgesetzt wie hier. Vielfach existieren noch (groß-)familiäre Strukturen, die sich solcher Aufgaben annehmen, die in den spätkapitalistischen Gesellschaften von bezahlten Kräften erledigt werden. „Ehrenamt“ oder „freiwillige“ Arbeit im hier verwendeten Sinne sind deshalb nicht nötig bzw. stellen (auf Verwandtschaftsbasis) eine Selbstverständlichkeit dar.

Vor diesem Hintergrund versetze man sich in die Situation eines Flüchtlings: gerade dabei zu verstehen, wie das Leben in seiner neuen „Heimat“ funktioniert, soll er oder sie zunächst einmal seinen/ihren unentgeltlichen Beitrag für das Gemeinwohl leisten. Zweifel an diesem Vorgehen scheinen mir mehr als berechtigt. Im Vergleich dazu sind die Forderungen von Arbeitgeberseite, nur noch solche Menschen einwandern zu lassen, die in den Arbeitsmarkt eingegliedert werden können, von geradezu erfrischender Offenheit. Folgt man dagegen den Befürwortern einer Integration durch Ehrenamt und Freiwilligendienste, so droht einmal mehr die Gefahr der Verzweckung von Freiwilligendiensten.

Autor

Hartmut Brombach, Referatsleiter Freiwilligendienste, Internationaler Bund (IB).

Kontakt: Hartmut.Brombach@internationaler-bund.de

Redaktion:

BBE-Newsletter für Engagement und Partizipation in Deutschland

Bundesnetzwerk Bürgerschaftliches Engagement (BBE)

- Geschäftsstelle -

Michaelkirchstr. 17-18

10179 Berlin-Mitte

+49 (0) 30 6 29 80-11 5

newsletter@b-b-e.de

www.b-b-e.de